federführendes Amt:	Kämmerei und Kreiskasse
Antragssteller:	Dezernat II
Datum:	18.10.2023

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU	17.10.2023	BV 064/2023 einstimmig zugestimmt
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration	07.11.2023	
Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung	09.11.2023	
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	14.11.2023	
Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt	15.11.2023	
Jugendhilfeausschuss	16.11.2023	
Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen	20.11.2023	
Kreisausschuss	22.11.2023	
Kreistag	06.12.2023	

Betreff:**Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024****Beschlussvorschlag:**

- Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2024.
 - Er bestätigt die von der Verwaltung vorgenommene Einschätzung zur Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden des Landkreises Oder-Spree.
 - Der Landrat berichtet per 30.09.2024 und 31.12.2024 über die Erfüllung des Haushaltsplanes 2024.
- Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan des „Kommunalen Wirtschaftsunternehmens Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2024.

Sachdarstellung:Aufstellungsverfahren

Das Verfahren und die Anforderungen zum Erlass der Haushaltssatzung für den Landkreis sind insbesondere im § 67 und § 129 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) geregelt.

Mit der Planung für das Haushaltsjahr 2024 wurde im März 2023 begonnen. Die Ermittlung des Stellenbedarfs 2024 erfolgte im Haushaltsjahr 2023.

Ab dem Jahr 2024 gibt es eine Prioritätenliste für den Straßen- und Radwegebau und eine Bedarf- und Umsetzungsliste für den Hochbau.

Am 2.11.2023 fand die Haushaltsklausur mit den Bürgermeisterinnen und Amtsdirektoren statt, an der auch Abgeordnete des Kreistages teilnahmen. Diese Veranstaltung diente auch der Einbeziehung der Städte und Gemeinden in die Erarbeitung des Haushaltsplanes des Landkreises.

Auf der Haushaltsklausur kann für das Jahr 2024 und auch für die Finanzplanungsjahre 2025 bis 2027 kein ausgeglichenes Ergebnis vorgestellt werden. Da für das Haushaltsjahr 2024 die Schlüsselzuweisungen erstmalig rückläufig sind, ist davon auszugehen, dass der Haushaltsausgleich in Zukunft erheblich schwerer wird.

Das Defizit von 16 Mio. € im Jahre 2024 setzt sich im Wesentlichen aus den Bereichen Jugendamt, Personal, Bewirtschaftungskosten und ÖPNV zusammen.

In den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe geraten die Systeme zunehmend unter Druck. Darunter sind die Kindertageseinrichtungen (Krippe, Kita, Hort), und vor allem die ambulante und stationäre Bedarfsdeckungslandschaft im Bereich Hilfen zur Erziehung zu subsumieren. Zentral dafür verantwortlich ist der sich schon lange entwickelnde Fachkräftemangel und die auf der anderen Seite steigenden Bedarfe.

Hinzu kommen höhere Personalaufwendungen von insgesamt 3.317.600 € gegenüber dem Haushaltsjahr 2023. Die Erhöhung der Personalkosten begründet sich aus dem Ergebnis der Tarifverhandlungen 2023. In den Monaten Januar und Februar 2024 erfolgt die Einmalzahlung „Inflationsausgleichsgeld“ in Höhe von 220 Euro monatlich für jeden Beschäftigten. Auszubildende erhalten monatlich 150 Euro. Ab dem Monat März 2024 werden die Entgelte um 200 Euro und anschließend um 5,5 Prozent (mindestens insgesamt 340 Euro) erhöht.

Über den aktuellen Planungsstand wurde der Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 18.09.2023 und am 20.11.2023 informiert.

Am 15.09.2023 wurde die Haushaltssatzung 2024 durch den Landrat mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 512.233.300 € und Aufwendungen in Höhe von 528.487.000 € festgestellt (§ 67 Abs. 1 BbgKVerf).

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 enthält einen Hebesatz von 36,0 %.

Die öffentliche Bekanntmachung gemäß § 129 BbgKVerf erfolgte am 28.09.2023 im Amtsblatt Nr. 8/2023 des Landkreises Oder-Spree.

Der Entwurf der Haushaltssatzung ist mit seinen Anlagen an sieben Werktagen öffentlich auszulegen. Die Auslegung erfolgte vom 12.10.2023 bis 20.10.2023. Gegen den Entwurf können kreisangehörige Gemeinden innerhalb einer Frist von einem Monat nach Beginn der Auslegung Einwendungen erheben. Über die Einwendungen hat der Kreistag in öffentlicher Sitzung zu beschließen (§ 129 Abs.1 BbgKVerf).

Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden

Nach der Rechtsprechung (siehe OVG Berlin-Brandenburg OVG 12B22.18 vom 17. Dezember 2019, Gemeinde Pinnow gegen den Landkreis Uckermark) ist der Landkreis verpflichtet, nicht nur den eigenen Finanzbedarf, sondern auch denjenigen der umlagepflichtigen Gemeinden zu ermitteln und seine Entscheidung in geeigneter Form offenzulegen.

Ein derartiges Verfahren, was das OVG Berlin-Brandenburg vorgegeben hat, wendet der Landkreis Oder-Spree seit dem Beschluss zur Haushaltssatzung 2019 an. Mit diesem Beschluss zur Haushaltssatzung 2024 wird der Finanzbedarf der Kommunen dokumentiert.

Im Rahmen des in § 129 BbgKVerf geregelten Einwendungsverfahrens können die Gemeinden ihre Finanzinteressen bei der Abwägung des Finanzbedarfs geltend machen. Macht die Gemeinde eine unzureichende Finanzausstattung geltend, bestehen dafür allerdings hohe inhaltliche und verfahrensmäßige Hürden. Die Selbstverwaltungsgarantie schützt lediglich einen absoluten Kernbereich finanzieller Mindestausstattung. Der Kernbereich der finanziellen Mindestausstattung wäre auch erst dann verletzt, wenn sie strukturell und auf Dauer nicht mehr ihre freiwilligen Aufgaben wahrnehmen kann. Es ist jedoch Pflicht der Gemeinde und nicht des Landkreises, Anhaltspunkte zu liefern, dass die Gemeinde infolge ihrer Umlagepflicht trotz sparsamster Wirtschaftsführung und Ausnutzung aller Einnahmequellen nicht mehr in der Lage ist, freiwillige Aufgaben zu erfüllen.

Um die Haushaltssituation der Städte, Gemeinden und Ämter im Landkreis Oder-Spree beurteilen zu können, wurden - wie in den Vorjahren - von der Kommunalaufsicht zweckdienliche Daten abgefordert und als ausgewählte Indikatoren zusammengestellt.

Die Ermittlung der Leistungsfähigkeit erfolgte auf der Grundlage der Haushaltspläne 2023. Dabei wurde u. a. die den Gesamtplänen beigelegte Übersicht über die Ergebnisentwicklung verwendet.

Für die Ermittlung des Standes der Kredite für Investitionen und der Kassenkredite wurde der vom Amt für Statistik Berlin Brandenburg ermittelte Schuldenstand der Gemeinden per 31.12.2021 (L III 1 – j / 21) verwendet.

Die Auswertung der Haushaltsdaten 2023 ist in den Anlagen 1 bis 4 dargestellt. Die Anlagen enthalten die Daten von 6 Städten, 5 amtsfreien Gemeinden, 25 amtsangehörigen Gemeinden, einer amtsangehörigen Stadt und 6 Ämtern (insgesamt 43 Haushalte).

- 37 Haushalte weisen im ordentlichen Ergebnis einen Fehlbetrag aus, 6 Haushalte konnten ausgeglichen bzw. mit Überschüssen beschlossen werden.
- 40 Gebietskörperschaften weisen Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses auf; einige in erheblicher Größenordnung.
- 38 Kommunen bzw. Ämter weisen beim voraussichtlichen Bestand an Zahlungsmitteln zum Jahresende 2023 einen positiven Bestand aus; 5 Kommunen einen negativen Zahlungsmittelbestand.
- Dauerhafte Kassenkredite (Kassenkredit länger als 12 Monate) benötigen die Städte Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde (Stand 31.12.2021).
- Haushaltssicherungskonzepte (HSK) wurden von der Stadt Friedland sowie den Gemeinden Rietz-Neuendorf und Tauche beschlossen. Durch die Kommunalaufsicht konnte kein HSK genehmigt werden.
- Der Stand der Schulden der Gemeinden für Investitionskredite zum 31.12.2021 beträgt insgesamt 102.397 T€. Die pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden bewegt sich zwischen 0 € und 1.732 € (Gemeinde Langewahl). Die durchschnittliche Verschuldung beträgt 445 €. Die pro-Kopf-Verschuldung des LOS beträgt 0 €.
- Alle Städte und Gemeinden weisen in ihren Haushaltsplänen Aufwendungen für freiwillige Aufgaben aus.

Durch die Festsetzung des Hebesatzes der Kreisumlage für 2024 in Höhe von 36 % verbleiben den Gemeinden für die eigene Bedarfsdeckung 64 % ihrer Steuerkraft. Unter Beachtung des geschilderten Maßstabes ist damit eine ausgewogene Belastung gewährleistet.

Der Hebesatz des LOS ist einer der niedrigsten Hebesätze im Land Brandenburg.

Einbringen und Beratung Planentwurf 2024

Der Planentwurf für das Haushaltsjahr 2024 ist in Erträgen und Aufwendungen nicht ausgeglichen. Da der Landkreis über eine allgemeine Rücklage aus den Überschüssen der

Vorjahre verfügt, kann der Haushaltsausgleich in der Jahresrechnung 2024 über die Entnahme aus dieser Rücklage erfolgen. Damit kann unmittelbar nach der Beschlussfassung die Veröffentlichung der Haushaltssatzung 2024 erfolgen. Laut mittelfristiger Finanzplanung ergeben sich für die Haushaltsjahre 2024 bis 2027 im ordentlichen Ergebnis Fehlbeträge. Diese können aus der Rücklage gedeckt werden. Zielstellung für die kommenden Haushaltsjahre sollte ein dauerhafter echter Haushaltsausgleich sein.

Der Planentwurf 2024 wurde am 11.10.2023 in den Kreistag eingebracht. Das Dokument wurde in das Ratsinformationssystem des Kreistages eingestellt und kann über die Homepage des Landkreises eingesehen werden. Die Auflistung der Konten zu den einzelnen Produkten ist ebenfalls im Ratsinformationssystem zu finden.

Die Übergabe des Planentwurfs 2024 an die Städte, Gemeinden und Ämter des Landkreises erfolgte ab dem 12.10.2023.

Zur Erörterung der Haushaltssatzung 2024 gemäß § 129 BbgKVerf, 1. Satz erhielten die Bürgermeister/Amtsleiter eine Einladung. Die Haushaltsklausur fand am 2.11.2023 auf der Burg in Beeskow statt. Zu dieser Beratung wurden auch der Vorsitzende, die Fraktionsvorsitzenden sowie alle Abgeordneten des Kreistages eingeladen.

Seitens der Kämmerei wird die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2024 in den Fachausschüssen in seinen wesentlichen Punkten vorgestellt. Für die Erläuterung der Aufgaben und Produktziele und der daraus resultierenden Aufwendungen und Erträge der Produktbereiche in den Beratungen der Fachausschüsse sind die entsprechenden Fachämter verantwortlich.

.....
Landrat

.....
Dezernent

Anlagen:

- Anlage 1 - Leistungsfähigkeit der Gemeinden
- Anlage 2 - Haushaltssituation Gemeinden 2023
- Anlage 3 - Schuldenstand Gemeinden 2021
- Anlage 4 - Hebesätze Amtsumlage 2023